

Haushaltsrede der WIN-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

I. Maßstab für die Beurteilung des vorliegenden Haushaltsplans 2024

Unser wichtigster Beurteilungsmaßstab für den uns vorliegenden Haushaltsplan 2024 ist: Generationengerechte Finanzen! Nahe zu jeder Politiker predigt, dass man nur das ausgeben kann, was man einnimmt. Aber kaum einer hält sich an seinen eigenen Worten.

II. Zum Haushaltsplan 2024

Der im letzten Haupt- und Finanzausschuss fortgeschriebene Haushaltsentwurf mit Stand vom 05.12.2023 sieht im Ergebnishaushalt Erträge von 132,6 Mio. € und Aufwendungen abzüglich des globalen Minderaufwands in Höhe von 145,6 Mio. € vor.

Wir erinnern uns an den Ratsbeschluss vom 23.06.2022: Das von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW festgestellte strukturelle Defizit in Höhe von 3,8 Mio. € wird als Kenngröße zur Bestimmung der Finanzierungslücke zur Kenntnis genommen und bei den künftigen Haushaltsberatungen als „Frühwarnindikator“ beständig mit in die Betrachtung einbezogen.

Die Mahnungen der GPA wurden nicht ernst genommen und der „Frühwarnindikator“ hat super funktioniert, nämlich gar nicht! Der Ratsbeschluss vom letzten Jahr ist Makulatur. Es ist genau anders verfahren worden: Im Vergleich zum Vorjahresplan (2023: 129,6 Mio. €) sind die Ausgaben um genau 16 Mio. € gestiegen!

Die Bilanzierungshilfen des NKF-COVID-Ukraine-Isolierungsgesetz fallen im kommenden Jahr weg. Damit auch das Schönrechnen der tatsächlichen Finanzsituation. Die guten Jahresüberschüsse der vergangenen Jahre, auch der heute von 2022 beschlossene, erscheinen somit in einem anderen Licht. Und so verwundert es nicht wirklich, dass der Haushaltsplan 2024 ein noch nie dagewesenes, historisches Minus in zweistelliger Millionenhöhe von ca. 13 Mio. € ausweist.

Das zeigt, dass wir weit über unsere Verhältnisse leben und Generationengerechtigkeit in finanzieller Hinsicht mit Füßen getreten wird.

Es hilft auch nicht, die Schuld für die Finanzmisere beim Bund oder Land zu suchen. Die IHK Mittlerer Niederrhein hat dazu in ihrem Schreiben vom 04.12.2023 an den Bürgermeister ausgeführt, „dass die Schiefelage der Kommunal финанzen in Nettetal zum Teil auch hausgemacht ist.“ Schuld an der „Schiefelage der Kommunal финанzen“ sind falsche Entscheidungen aus der Vergangenheit und falsche Planungen für die Zukunft:

Die bisher aufaddierten Kosten für die Kern-Sanierung der Werner-Jaeger-Halle (WJH) liegen bei 24,5 Mio. € (!). Abzüglich der Förderung von 2,43 Mio. € verbleiben noch 22,07 Mio. €. Und das wird nicht das Ende der Fahnenstange sein. Alles nachzulesen auf S. 31 i.V.m. S. 20 und S. 35 im beschlossenen Wirtschaftsplan 2024 des NetteBetriebs. Wird bei diesen Kostenexplosionen, der Rohbau stieg von 688 T€ auf 1,96 Mio. € an, in irgendeiner Form an „Abspecken“ oder Verschieben von nicht notwendigen Leistungen gedacht? Der Kollege Gahlings meinte soeben, dass es „kein Zurück mehr gebe“. Wenn mir als privater Hausbauer jedoch das Geld ausgeht, kann ich den geplanten Partykeller zunächst einmal auch nicht ausbauen.

Des Weiteren: Der durchschnittliche Zuschussbedarf für ein Ticket in der WJH betrug 2018 "nur" gerundet 36 € (9.343 Besucher bei 337.096 € Kosten, nur bezogen auf das Teilprodukt "1.100.04.01.01 Werner-Jaeger-Halle"). 2019 betrug der durchschnittliche Zuschuss pro Besucher bereits ca. 76 € (6.864 Besucher bei 521.479 € Kosten). 2021 haben sage und schreibe 1.082 Personen das Kulturprogramm besucht. Kosten laut Teilprodukt Kultur ca. 380 T€ (379.868,24 €) Heißt das, dass der Zuschussbedarf auf 351,08 € pro Karte gestiegen ist? Sind das die von den Grünen soeben behaupteten Vorstellungen von „gut gewirtschaftet“?

Es soll auf der Von-Waldois-Straße eine Flüchtlingsunterkunft für die Unterbringung von 70 Personen gebaut werden. Planungskosten derzeit 7,268 Mio. €. In der Vorbesprechung des Betriebsausschusses NetteBetrieb war sogar von 8,4 Mio. € die Rede. Die Planungskosten für das Gebäude, das hinterher

irgendwann mal als sozialer Wohnungsbau genutzt werden soll, sind wegen der Auflagen des FB 50 für die Unterbringung von Asylbewerbern um 3 Mio. € (!, = 70,3 % bezogen auf den Planwert) gestiegen.

Warum gibt es diese Auflagen, denn es können doch direkt die ca. 220 anerkannten Asylbewerber, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, dort untergebracht werden? Dies vereinfacht den Bau des Gebäudes, senkt die Kosten und entlastet unsere städtischen Gemeinschaftsunterkünfte. Man kann den Bürgerinnen und Bürgern nicht erklären, dass eine städtische Unterkunft für Asylbewerber am Ende des Tages über 10 Mio. € kosten wird. Hier muss man dringend umdenken und andere Lösungen in Betracht ziehen.

Warum führe ich die beiden Beispiele zu den Gebäuden aus dem Wirtschaftsplan des NetteBetriebs auf? Im Haushaltsplan ist die Gesamtsumme, die an den NetteBetrieb in 2024 zu zahlen ist, mit 21,2 Mio. € angegeben. Letztlich zahlt also der Nettotaler Steuerzahler diese Kosten.

Es gibt noch einige, weitere Beispiele, die wir hier anführen könnten, warum die Ziele und Strategien des Haushaltsplans 2024 nicht unsere Zustimmung findet.

Das Schlimmste finden wir jedoch, dass offensichtlich der Einsparwille fehlt. Ein Beispiel ist die Zustimmung für das Konzept zur Wiedereröffnung der Werner-Jaeger-Halle in Höhe von 200 T€ direkt im Anschluss an die Debatte über die Anhebung der Realsteuersätze. Man wäre gut beraten gewesen, erst die Einsparungen vorzunehmen und dann Steuererhöhungen in Erwägung zu ziehen. Mit dem umgekehrten Weg setzt man das Signal, dass man weiter über seine Verhältnisse leben will. Dies hat mit finanzieller Generationengerechtigkeit nichts gemeinsam.

Um es abschließend noch einmal deutlich zu machen: Wir hätten uns gegen eine Realsteuererhöhung nicht gesperrt. Aber nur in Verbindung mit Einsparungen in Höhe des strukturellen Defizits von 3,8 Mio. €. Für diese Ratssitzung hätten wir auch schon erste Vorschläge, insbesondere Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, unterbreiten können. Nach einem Gespräch mit dem Kämmerer hatten wir davon abgesehen, da darüber gebündelt in der nächsten

Strategiekommission beraten werden soll. Der Kollege Guido Gahlings meinte soeben, dass man nur bei den freiwilligen Leistungen sparen könne. Das ist nicht richtig. Auch bei den Pflichtaufgaben sind zum Teil die Standards beeinflussbar. Mit anderen Worten: Auch hier kann gespart werden.

III. Zum Stellenplan 2024

In 2024 sollen die Stellen von 358,5 auf 364,9 steigen. Der Hinweis am Ende des Stellenplans, dass aufgrund des bekannten Jahresfehlbetrags im Haushaltsentwurf weitere Stellenanforderungen nach kritischer Prüfung nicht in den Entwurf des Stellenplans aufgenommen wurden, ist nur ein schwacher Trost. 26,4 Mio. € für Personalaufwendungen wiegen sehr schwer.

Immer mehr Personal kann nicht die alleinige Lösung aller Aufgabenprobleme sein. Es geht um Organisation, Steuerung und strukturelle Defizite dabei. Und es geht auch um Verschwendung: Warum reicht es nicht aus, wenn ein Repräsentant der Stadt, in erster Linie der Bürgermeister, bei öffentlichen Einweihungen oder Ähnliches dabei ist? Auf den Bildern in der Presse sehen wir gerade beim NetteBetrieb meist auch zusätzlich einen Betriebsleiter, eine/n Betriebsbereichsleiterin/-leiter und weiteres städtisches Personal. Ein Beispiel für Nichteffizienz und Arbeitszeitverschwendung!

Fraglich ist zudem, ob sämtliches Verwaltungshandeln immer so notwendig ist. Im Hinblick auf die oben aufgezeigte, drohende klamme Kasse ist es umso wichtiger, zu entscheiden, was Aufgabe der Kommune im Rahmen der Daseinsvorsorge ist und was nicht.

Um dem Problem der Personalbewirtschaftung entgegen zutreten, forderten wir schon letztens Jahr, dass eine objektive Überprüfung bei der Personalbewirtschaftung stattfindet. Das hat nicht stattgefunden, ist aber nach wie vor dringend erforderlich, damit Personal sinnvoll und optimal eingesetzt werden kann und freie Kapazitäten entdeckt werden können. Denn die gibt es, wie das Beispiel mit den Pressebildern, vorwiegend mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem NetteBetrieb, zeigt. Ein weiteres Beispiel hat der Kollege Boyxen soeben erwähnt, indem er das mitunter ellenlange Berichtswesen der Verwaltung erwähnte, bei dem auch Personalstunden eingespart werden könnten.

IV. Fazit

WIN stimmt dem Haushaltsplan, der Haushaltssatzung und dem Stellenplan nicht zu. Dem Beschlussvorschlag Nr. 3, dass die Steuersätze momentan unverändert bleiben, können wir zustimmen. Insofern beantragen wir getrennte Abstimmung der Vorlage 1406/2020-25.

Die WIN-Fraktion dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, insbesondere dem Kämmerer Andreas Grafer, dem Zentralbereichsleiter Finanzen Jens Kurschildgen und dem gesamten Finanz-Team. Für die beiden Genannten tut es mir fast schon Leid, dass wir den Haushaltsplan ablehnen, da sie sich in ihrer neuen Funktion wirklich hervorragend eingearbeitet haben und uns stets Auskunft erteilt haben. Die Ziele und Strategien dieses Haushaltsplans werden in erster Linie jedoch vom Bürgermeister festgelegt und verantwortet.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Eigenbetriebs NetteBetriebs und die der städtischen Töchter danken wir herzlich für die geleistete Arbeit.

Und Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.